

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheinen zweimal. Sonntags einmal. **„Berliner Tageblatt“** erscheint jeden Sonntag und Montag. **„Handels-Zeitung“** erscheint jeden Sonntag und Montag. **„Berliner Tageblatt“** und **„Handels-Zeitung“** erscheinen zweimal. Sonntags einmal. **„Berliner Tageblatt“** erscheint jeden Sonntag und Montag. **„Handels-Zeitung“** erscheint jeden Sonntag und Montag.



Intendanten: Rufe M. 2. — u. 507. **Redaktion:** Rufe M. 2. — u. 507. **Verlag:** Rufe M. 2. — u. 507. **Druck:** Rufe M. 2. — u. 507.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 464 • Ausgabe A Nr. 252
Ausgabe für Berlin u. Umgebung Nr. 464

Donnerstag, 2. Oktober 1919
48. Jahrgang

Die Umbildung der Reichsregierung.

Von **Conrad Hausmann**,
Mitglied der Nationalversammlung.

Nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten haben die Besprechungen über die Rekonstruktion der Reichsregierung bei den Reichstagsmitgliedern, die ausprobiert, daß er „den Eintritt der demokratischen Mitglieder in die Regierung“ sein würde. Die Lage jeder deutschen Regierung ist so maßlos schwierig, und die Schwierigkeiten sind so offensichtlich, daß sie im Staatsinteresse das Bedürfnis nach einer breiten Front zu verzeichnen finden Grund hat.

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei kam für eine erweiterte Grundlage allein in Betracht. In sich ist der Reichstag Deutschlands so schmerzhaft groß, daß eine Koalitionsregierung aller Parteien grundsätzlich ausgeschlossen wäre. Aber die Parteien, die am 31. Juli 1919 gegen die Verfassung des Deutschen Reiches gestimmt haben, haben damit die Fortführung des inneren Parteikampfes als eine vernünftige Pflichterfüllung proklamiert und damit einer einheitlichen Geschäftsführung den Boden entzogen.

Die demokratische Partei hat die Verfassung nicht nur angenommen, sondern geschaffen und in ihr die eigene Staatsaufstellung verwirklicht. Ihre Mitglieder sind mit dem Reichstagspräsidenten Scheidemann aus der Regierung ausgeschieden, weil die Friedensvertragspolitik des 12. Mai 1919 von dem Ministerium verlassen worden war, und es der parlamentarischen Regierung genügt, eine Veränderung der Politik durch eine Veränderung im Ministerium zum Ausdruck zu bringen. Es lag also nicht ein Mangel an Verantwortungsfähigkeit vor, wie der von Stampeisen Geist entblühte „Vorwärts“ sagte und behauptet hatte, sondern ein gefährliches Verantwortungsgefühl, wie es jedem aufrichtigen demokratischen Ministerium jederzeit zu wünschen ist.

Bei den Gewählten der demokratischen Fraktion über das für und wider des Wiedertritts war einzig und allein die Frage maßgebend, ob Eintritt oder Nicht-Eintritt für den Staat nützlich sei. Parteipolitik bietet die Oppositionsstellung gegen eine mit den schwersten jenseits unheilbaren Schwierigkeiten große Partei. Die Ausbuchtung des berechtigten Mißvergnügens einer schwer leidenden, vor weiteren Opfern stehenden Bevölkerung gegen eine Regierung, die selber gemacht hat und weitere harte Maßnahmen ergreifen muß, ist weit einfacher als die Übernahme einer Mißverantwortung. Eine solche Haltung dient aber nicht dem Gesamtinteresse. Die Schwächung der Autorität einer Regierung durch aggressive Kritik ist dann erlaubt und geboten, wenn eine andere Regierung ohne schädigende Staatsregimentierung gebildet werden kann.

Zurzeit ist aber in Deutschland keine Regierung ohne Vertrauensfrage der sozialdemokratischen Arbeiterpartei möglich und zulässig, und auch die Aufhebung der Vertrauensfrage der katholischen Zentrumspartei wäre ein unverständlicher Akt.

Die Mitarbeit der Demokratie bedarf vor In- und Ausland den Willen zum ständigen Durchhalten und das Vertrauen zu einer wirtschaftlichen Rettung aus. Darin liegt ein Vorrecht, nichtswürdiger als Partei. In der Verwertung der Mitarbeit, die von den beiden anderen Parteien angenommen und gern gesehen wird, liegt Vertrauen in die künftige und wirtschaftliche Zukunft und damit ein Recht für den Staat in seiner gegenwärtigen Lage. Auch habe ich den Vorwurf eines hervorragenden parlamentarischen Arbeiters nicht bezweifeln, der mir im Juli sagte: die demokratische Partei übernimmt durch den Austritt die Verantwortung für alles, was sie hätte verhindern oder mildern können.

So hat die demokratische Partei sich grundsätzlich bereit erklärt, die über große Zeit der Geschäftsleitung mitzubereiten. Es ist wahrscheinlich, daß die Personensachen glücklich gelöst werden können. Die Fraktion besitzt hervorragend geschäftsfähige Männer, und sie wird hoffentlich Gelegenheit haben, auch den Grundlag zu betätigen, daß Männer von außerhalb des Parlamentes an der Regierung beteiligt werden können. Die anderen Parteien wollen das Amt des Vizekanzlers, der an der Leitung der Reichsregierung beteiligt ist, einem demokratischen Minister übertragen. Die demokratischen Minister werden nicht bloß die schwebenden Gesele möglichst nützlich zu gestalten haben, sie werden mit ihren Kollegen auch darin einig sein, daß die wirtschaftlichen Maßregeln planmäßig, rechtzeitig und rasch ergriffen werden, daß den Willensständen auf den Grund gegangen und daß zusammenhängend „regiert“ wird. Alle Anfänge von Korruption in Volk oder Verwaltung müssen auf schärfste beobachtet und bekämpft werden. Den Arbeitenden kann in Erleichterungskämen und obligatorischen Schiedsgerichten, insbesondere bei gemeinsamen Betrieben, ein Schieds und Nichtschied gegeben werden. Der Terror vor, im Reich als politische Werbestoff behandelt werden. Die Auszubereitungen müssen beschleunigt werden. Die Auszubereitungen müssen beschleunigt werden. Die Auszubereitungen müssen beschleunigt werden.

Über noch anderes wird nötig sein. Es wird die auswärtige Politik, je stärker ihre Hemmnisse sind, je plumper die

Die Verständigung über die Umgestaltung des Kabinetts.

Die Verteilung der Ministerposten.

Schaffung eines Ministeriums zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen und des Wiederaufbaues.

Berlin, 1. Oktober. (H. Z.)

Die Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts haben heute sowohl in der Sache sowie bezüglich der Form zu einer vollen Verständigung geführt. Die Demokraten übernahmen das Ministerium der Justiz, dessen Leiter gleichzeitig mit der Vertretung des Reichstagspräsidenten betraut werden wird, das Ministerium des Innern sowie das Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen, insbesondere des Wiederaufbaues Kreditverkehrs und Belgien. Dilem

Ministerium werden zugleich die wichtigen Aufgaben der Entschädigung der Auslandsdeutschen, der Entschädigung der Kolonialdeutschen, der Umwidmung der Vorkriegsschulden und der Zwangsliquidationen sowie der Entschädigung für unsere Handelsflotte zugewiesen. Die endgültige Entscheidung und Geschäftsabgrenzung für dieses Ministerium bleibt vorbehalten. Auf Grund dieser Verständigung wird der Herr Reichstagspräsident im Auftrag des Herrn Reichspräsidenten die in der Verfassung vorgeschriebenen Verhandlungen führen, die, wie angenommen werden darf, noch im Laufe des morgigen Tages zum Abschluß gelangen werden. Minister David wird dem Kabinett als Minister ohne Portefeuille angehören. Der interfraktionelle Ausschuss tritt wie früher unter dem Vorsitz des Herrn v. Payer wieder in Tätigkeit.

Unterzeichnung des ersten Staatsvertrages mit Polen.

Abkommen über eine Amnestie

und die Freilassung der Kriegsgefangenen.

Unterredung mit dem polnischen Bevollmächtigten.

Im Auswärtigen Amt ist, wie wir erfahren, am 11. Uhr nach der ersten Staatsvertrags zwischen Deutschland und Polen unterzeichnet worden. Zu den einleitenden Worten des Vertrages wird erklärt, daß die beiden Staaten gewillt sind, sich in der Ordnung der gegenwärtigen Verhältnisse entgegenzukommen und zu diesem Zweck zunächst das Abkommen über die Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen, sowie über die Freilassung der Kriegsgefangenen geschlossen wird.

Der Amnestie werden auf beiden Seiten alle jene Personen leitend, die aus politischen oder nationalen Gründen Verbrechen oder Vergehen begangen haben und ihrerseits verurteilt worden sind. Eingeleitete Verurteilungen der Verbrechen oder Vergehen werden eingeleitet, Verurteilungen für bisher begangene Delikte dieser Art dürfen nicht aufgenommen werden. Die in Schutzhäft befindlichen Personen werden freigelassen. Beide Staaten geben die Kriegsgefangenen, die sich in ihrer Gewalt befinden, heraus. Der Vertrag tritt mit dem Augenblick seiner Ratifizierung in Kraft. Er ist in deutscher, polnischer und französischer Sprache abgefaßt. Als authentisch gelten der deutsche und der polnische Text. Der polnische Text haben den Vertrag der Bevollmächtigten Dr. Diamant und Korsant, von deutscher Seite Generalmajor Haniel, Generalmajor Simon und der Sekretär für die polnischen Angelegenheiten Graf Berghelfeld unterzeichnet. Zu der Sitzung, in der die Unterzeichnung stattfand, sind die Vertreter Englands und Frankreichs zugegen gewesen.

Dieses Abkommen ist der erste freie Staatsvertrag, den die Republik Deutschland, aber auch die Republik Polen abgeschlossen haben. Einem unserer Mitarbeiter hatte Gelegenheit, unmittelbar vor Unterzeichnung des Vertrages mit dem Bevollmächtigten Dr. Diamant zu sprechen, der sich von dem erzielten Verständnis betrieblig zeigte.

Der Vertrag, sagt der Bevollmächtigte, geht von dem Gesichtspunkt aus, daß beide Staaten frohen müssen, einander entgegen zu kommen, worauf in der Einleitung des Vertrages ausdrücklich hingewiesen wird. Schon in den Verhandlungen über diesen Vertrag ist klarutage getreten, daß beide Regierungen gewillt sind, das gegenseitige Verhältnis darauf zu gestalten, daß ein friedliches Recht und Vorkommnissen der beiden Völker gefördert und sichergestellt wird, die wirtschaftlichen Beziehungen aber so rasch wie möglich aufgenommen und entwickelt werden können. Die Verhandlungen sind deshalb auch glatt verlaufen. Morgen früh reist ich mit dem Vizepräsidenten Diamant nach Warschau, um die Ratifizierung des Vertrages herbeizuführen und um neue Weisungen zu holen. Auf polnischer Seite muß der Vertrag durch das Staatsoberhaupt Ratifiziert werden. Ich hoffe, daß das in kürzester Zeit der Fall sein wird und so viele Menschen ihren Familien und der Arbeit wiedergegeben werden. Nach unserer Rückkehr werden die Verhandlungen über die noch schwebenden wirtschaftlichen Fragen sowie die Fragen der Liquidierung, des Optionsrechtes und des Schutzes der Minderheiten fortgesetzt werden. Auch diese Verhandlungen stehen im allgemeinen günstig. In vielen Punkten ist bereits volle Übereinstimmung erzielt, in anderen eine wesentliche Annäherung erzielt worden. Eingehendere Verhandlungen werden noch über die Frage der Liquidierung, des Optionsrechtes und des Minoritätenrechtes zu führen sein. Aber ich zweifle nicht daran, daß nach diesen ersten Gegenständen die beiden Staaten im Rahmen und unter Berücksichtigung der eigenen Interessen zu einer übereinstimmenden Lösung aller noch offenen Fragen gelangen werden. L. L.

Aufhebung der Beratung über den Entwaffnungsantrag.

Clemenceau stellt die Vertrauensfrage. — Ablehnung der Beratung mit 74 Stimmen Mehrheit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA Genf, 1. Oktober.

Die französische Kammer hat den Abänderungsantrag des Vizepräsidenten Clemenceau, der die vollständige Entwaffnung Deutschlands fordert, auf Wunsch Clemenceaus mit einer Majorität von 74 Stimmen abgelehnt, oder genauer gesagt, hat die Beratung des Vorschlags bis nach der Ratifizierung des Friedensvertrages verschoben, womit er wohl durch erledigt ist. Zum Verständnis des Vorganges muß gesagt werden, daß dieses Thema mehr innerpolitische Wirkung hat und nur herangezogen wurde, um der Regierung neue Schwierigkeiten zu bereiten. Die vollständige Entwaffnung Deutschlands wird besonders von den Sozialisten gefordert. Die hoffen, daß, wenn Deutschland sein Heer hat, auch das Heer in den entlasteten überwinden werden wird. Nach sozialistischer Auffassung haben die Verbündeten Deutschlands nur deshalb eine so beträchtliche militärische Macht gelassen, damit auch sie ihr Heer behalten können. Clemenceau

In Halle haben am Mittwoch, wie eine Korrespondenz mittheilt, die Beratungen über die Einführung des Reichsgesetzes für die Braunkohlenbergarbeiter begonnen. Die alten Tarife, die bis zum 6. Oktober laufen, sollen, gemäß dem Wunsch der Arbeitnehmer durch einen für ganz Deutschland gültigen Einheits tarif ersetzt werden. Bei der Konferenz, die unter dem Vorsitz eines Reichsausschusses stattfand, wurde zunächst festgestellt, daß die Arbeitnehmer der Rieberzkäule Sonderabgaben zu zahlen und den rechtserhebnisfähigen Beizte teile, Marktlohn, das bei Bespedigungen zu einer alle Zehle zuriefenstellenden Wollt führen werden. Die Freizeite für Braunkohle werber ist allerdings nicht wesentlich höher als für Steinkohlewerber, doch heißt man sich auf Kosten der Arbeiter ein gewisses Maß an Gleichstellung einfügen werden. Nachdem während der Sommermonate in de Braunkohlenterritorien dringend notwendigen Vorkürmerarbeiten um großen Zeil durchgeführt worden sind, ist eine Verbesserung der Förderung während der Wintermonate zu erhoffen. Wegen der Anwesenheit von Arbeitern aus anderen Territorien wird eine gewisse Verwechselung mit Braunkohle fracht

Starke Nachfrage aus dem Auslande.

Ob die jetzige Verhältnisse sich ändern werden, ist allerdings zweifelhaft. Schon ist bekannt, dass manche Auslandsfirmen sich im Interesse ihrer gleichartigen Industrien gegen die Scheuderpreise der Solinger Industrie zur Wehr setzen werden. Es wäre zweckmäßig, dass die Solinger Fabrikanten dann eine gewisse Zusammenarbeit mit den heimischen und durch freiwilligen Zusammenschluss ihrer Fabrikpreise so bemessen, dass die Fabriken zwar auf Auslandsmärkten konkurrenzfähig bleiben, aber doch die Kosten der heimischen Konkurrenz nicht zu hoch ausfallen. Schon deswegen ist eine angemessene Preispolitik notwendig, weil der Nutzen der verstärkten Ausfuhr für unsere Zahlungsbilanz und damit auch für unsere Valuta zum größten Teil durch die Konkurrenz der ausländischen Werke aufgehoben wird, welche nicht wirklich entsprechend Gegenwerte dafür erzielten werden.

* **Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft.**
Die Luxemburger Meldung, wonach der Aufsichtsrat der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft dem Verkauf der Differdinger Werke an eine fran-

New-York, 28. September. Roter Winterweizen 237½. Mals Nr. 2
gemischt mixed auf Abruf 160½, Gefaß Nr. 2 white Clipped 80. Mehl Spring
wheat Feins 9.00—10.00, Haferdefracht Liverpool nom., Baumwolle
middling loko 32.25, per Oktober 31.71, per November 31.88, per Dezember
32.05, per Januar 32.20, Baumwolle New-Orleans loko 32.50.

Chicago, 28. September. Mals per September 143, per Dezember
124½. Hafer per September 68½.

Unter diesem Titel erscheint Ende Oktober d. J. eine Sondernummer unseres Blattes, die textlich besonders hervorragend ausgestattet sein und verbreitet wird. Diese Sondernummer sowie die günstige Werbebegelegenheit für jede am Export-Bureaus unserer Annoncen-Expedition und die Zeitschriften-Verlage in Berlin SW. 19.
